

PLUS

Polizei verwies Zuhörer aus Gemeinderatssitzung in Schönwies

Eine Saal-Räumung in Schönwies sorgt für Irritationen. Die Polizei sieht Vorrang für die Gesundheit. Die Gemeindeabteilung widerspricht: Demokratie hat Vorrang.

🕒 Letztes Update am Mittwoch, 31.03.2021, 06:05



In Schönwies sorgte die Polizei für Irritationen und Ärger: An die 30 Zuhörer der Gemeinderatssitzung mussten den Saal verlassen.

© Wenzel

Schönwies – Kopfschütteln, Irritationen und Ärger hat eine Polizei-Aktion am Montagabend in Schönwies ausgelöst. Die Polizei forderte sämtliche Zuhörer der Gemeinderatssitzung auf, den Saal zu verlassen. Es waren rund 30 Feuerwehrmänner und Bergretter, die Neuigkeiten zum geplanten Blaulichtzentrum erfahren wollten. Alle trugen FFP2-Masken, auf den Sitzplätzen hielt man sich an die Abstandsregeln.

Gegen 20.30 Uhr öffnete sich die Saaltüre. Ein Polizist und eine Polizistin forderten Bürgermeister Willi Fink auf herauszukommen. Dieser erklärte, dass eine Gemeinderatssitzung stattfindet. Laut Informationen des Landes ist die Anwesenheit von Zuhörern erlaubt, „vor allem, wenn es auch um die Gemeindefinanzen geht“, so Fink.

Die Gesetzeshüter sahen das anders und ordneten an, dass sämtliche Besucher aus dem rund 300 Quadratmeter großen Saal rausmüssten. „In Räumen darf nur eine Person pro 20 Quadratmeter anwesend sein“, argumentierte der Polizist. Er habe nicht gewusst, „dass für Gemeinderatssitzungen jetzt auch schon die Kaufhaus-Regelungen gelten“, bemerkte der Bürgermeister irritiert.

Die Besucher kamen der polizeilichen Aufforderung unter mehr oder weniger leisem Protest nach und verließen die Sitzung. „Angezeigt haben sie uns nicht“, schilderte Feuerwehrkommandant Herbert Traxl. „Für uns war es ärgerlich, weil wir die Debatte zum Blaulichtzentrum versäumt haben.“ Gestern habe es weder am Gemeindeamt noch bei ihm persönlich irgendwelche Nachfragen der Polizei gegeben, bestätigte der Bürgermeister. „Es war, als ob nichts gewesen wäre.“ Für die Polizei-Aktion fehle ihm jedoch jedes Verständnis.

Norbert Ladner, stellvertretender Bezirkspolizeikommandant in Landeck, sagte, den beiden Beamten seien zahlreiche geparkte Pkw vor dem Saal aufgefallen. Das sei der Anlass zum Einschreiten gewesen. „Es hätte ja auch eine illegale Party stattfinden können.“ Eine Sprecherin der Landespolizeidirektion erklärte, die beiden Beamten hätten korrekt gehandelt: „Im Zweifel hat die Gesundheit Vorrang. Der Bürgermeister hätte für die Interessierten ja auch eine Video-Übertragung einrichten können.“

Die Leiterin der Gemeindeabteilung des Landes, Christine Salcher, widerspricht den Ausführungen der Polizei klar: „Eine Einschränkung der Öffentlichkeit bei Gemeinderatssitzungen wegen Corona ist unzulässig. Das demokratische Recht auf Teilnahme muss gewährleistet bleiben.“ Eine Entscheidung des LVwG (Landesverwaltungsgericht) liege vor, zudem gebe es Verordnungen des Bundes. Die von der Polizei-Anordnung betroffenen Personen könnten eine Maßnahmenbeschwerde einreichen. (hwe)

SCHLAGWORTE

 AUS DER ZEITUNG  GEMEINDERAT  LANDESPOLITIK  POLITIK